

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Fang Yi, der Kommissionsvorsitzende für Wissenschaft und Technologie, auf Besuch in der Bundesrepublik**

Vom 4.-14. Oktober besuchte Fang Yi die Bundesrepublik. Er wurde von Forschungsminister Hauff, dessen Einladung er gefolgt war, auf dem Köln-Bonner Flughafen begrüßt. Anschließend hatte er einen Meinungsaustausch mit dem Bundeskanzler sowie mit dem Bundespräsidenten.

Die politische Komponente (Antihegemonismus) spielte bei der elftägigen Visite nur eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stand die Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet sowie auf außenwirtschaftlichem Gebiet überhaupt. Das Jahr 1978 hatte bereits zu einer starken Belebung des deutsch-chinesischen Handels geführt. Die Umsätze bei der Ein- und Ausfuhr hatten sich in der ersten Jahreshälfte um 67% auf 1,4 Mrd. DM hochgeschaukelt, nachdem im Jahre 1976 ein leichter Rückschlag eingetreten war. Die Importe aus China hatten hierbei einen Anstieg um 18% (auf 361 Mio. DM) und die deutschen Exporte einen Zuwachs von 97% (auf 990 Mio. DM) zu verzeichnen. Vergleichsweise hierzu hatte der gesamte Osthandel der Bundesrepublik gegenüber dem ersten Halbjahr 1977 nur um 12 bzw. 10% zugenommen.

Der Anteil Chinas am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik lag im 1. Halbjahr 1978 auf der Einfuhrseite bei 0,3% und auf der Ausfuhrseite bei 0,7%. Unter den Handelspartnern der Bundesrepublik stand China damit in der Einfuhr an 44., in der Ausfuhr an 25. Stelle (im Vorjahr: 48. und 36. Stelle). Die deutschen Ausfuhren setzten sich zu 72% aus Erzeugnissen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und zu 26% aus Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrie zusammen. Produkte der Verbrauchsgüterindustrie spielten dagegen mit nur 0,4% so gut wie keine Rolle.

Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die bisher im Schatten dieses Handelsaustausches gestanden hatte, soll nun verstärkt anlaufen. Grundlage dafür ist das Abkommen zwischen beiden Regierungen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit vom 9. Oktober 1978, das in vollem Wortlaut - deutsch und chinesisch - bereits in C.a., S. 662-664, abgedruckt wurde. Es besteht aus insgesamt fünf Artikeln. Artikel 1 regelt den grundsätzlichen Willen zur Zusammenarbeit und die Kostenfrage, Artikel 2 regelt die Formen der Zusammenarbeit (Austausch von wissenschaftlich-technologischen Informationen, Entsendung von Delegationen und Fachpersonal, Veranstaltung gemeinsamer Symposien, Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben), Artikel 3 bestimmt, daß beide Seiten regelmäßige Treffen zum Zwecke der Koordination veranstalten

wollen. Artikel 4 bringt eine Berlin-Klausel ("Dieses Abkommen gilt im Einklang mit der bestehenden Lage auch für Berlin (West)"), und Artikel 5 legt die Geltungsdauer auf fünf Jahre fest, mit jeweils automatischer Verlängerung, falls keine Kündigung erfolgt.

Das Abkommen soll vor allem auf drei Schwerpunkten wirksam werden, nämlich bei der Energieforschung und -technologie, bei der physikalischen Grundlagenforschung und bei der Agrar-, Medizin-, Luftfahrt- und Weltraumforschung.

Einstweilen wünscht die Volksrepublik nach den Worten von Bundesforschungsminister Hauff von der Bundesrepublik u.a. den Bau eines großen Radioteleskops und eines Elektronenbeschleunigers sowie die enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nichtmetalle. Diese Einzelheiten wurden in einem ergänzenden Protokoll festgelegt, das elf Bereiche umfaßt.

Zu dem Abkommen gehört auch die Ausbildung von 450 chinesischen Studenten, darunter 300 jungen Wissenschaftlern, 50 Doktoranden und 100 Studienanfängern, die wahrscheinlich 1979 ihre Ausbildung in der Bundesrepublik aufnehmen werden. Peking wünscht, daß die Studenten bei deutschen Familien wohnen und nicht etwa in Internaten. Um Einzelheiten dieses Programms ging es bei einem Gespräch zwischen Fang Yi und dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz der Länder, Walter Braun (Kiel). Die meisten Studenten wollen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften ausgebildet werden. Um sie auf ihr Studium in der Bundesrepublik vorzubereiten, ist Peking an deutschen Lektoren interessiert, die gegebenenfalls als Gaststudenten nach China kommen können. Fang Yi schlug vor, an der Tung-Chi-Universität in Schanghai, die 1906 als deutsche medizinische Fachschule gegründet wurde, wieder in deutscher Sprache zu lehren. Die "Viererbande" habe diese Tradition durch Sabotage zerstört.

Kurz vor dem Eintreffen Fang Yis hatte eine deutsche Delegation in Peking ein Förderungs- und Lieferungsprogramm für den chinesischen Kohlebergbau mit einem Volumen von 8 Mrd. DM vereinbart, das hauptsächlich mit Privatkrediten der deutschen Wirtschaft finanziert werden soll, nachdem China bisher offiziell immer noch Regierungskredite und Direktinvestitionen ablehnt.

Noch am Tage der Unterzeichnung des Technologieabkommens besuchte Fang Yi das Atomkraftwerk Esensham an der Unterweser bei Brake. Fang Yi und seine dreißigköpfige Delegation wurden dabei vom niedersächsischen Wissenschaftsminister Eduard Pestel begleitet. Nach der Besichtigung traf Fang Yi mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht in Brake zusammen. Der Besuch stürzte die Anti-AKW-Anhänger in Norddeutschland in Ratlosigkeit. Vor allem die "Maoisten" zogen sich von einer geplanten Protestaktion zurück. Fang Yi war vor allem an Fragen des "Ernstfalls" interessiert. Während er seine Fragen stellte, versammelten sich vor dem Kernkraftwerk Anti-AKW-Gegner mit Plakaten,

auf denen in etwas unbeholfen geschriebenen chinesischen Schriftzeichen stand: "Atomkraft - Nein Danke".

Am 10. Oktober kam der hohe Gast nach Hamburg, wo er das Großsynchrotron DESY besuchte, wo seit Anfang dieses Jahres bereits zehn chinesische Wissenschaftler auf dem Gebiet der Kern- und Hochenergiephysik ausgebildet werden. In Hamburg auch wird ein Fünftel aller deutschen Exportgüter in die Volksrepublik verladen. Hier auch wollen die Chinesen ihr erstes Generalkonsulat in der Bundesrepublik errichten. Vor kurzem bereits hatten chinesische Außenhandelsexperten bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft sondiert, ob Hamburg nicht auch Sitz eines Vertretungsbüros für Chinas Export sein könne. Ein solches Büro hätte die Aufgabe, Marktinformationen zu sammeln und Kontakte zu deutschen Importeuren herzustellen.

Am 10. Oktober führte der Gast Gespräche mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Fang Yi und seine Delegation kamen anschließend zur Firma Krupp in Essen, wo sie mehrere Arbeitsstätten besuchten und Interesse an der automatischen Kontrolltechnik bei der Produktion von Stahl und Eisen zeigten. Auch statteten sie dem Institut für Bergbau-forschung in Essen einen Besuch ab. Am 11.10. kam die Delegation nach Bayern, wo sie die Max-Planck-Gesellschaft in München, und zwar das Institut für extraterrestrische Physik, besuchten. Fang Yi überreichte dem Institut Proben aus dem Meteoritenregen, der 1976 über der Provinz Kirin niedergegangen war. Es folgte ein Besuch des Deutschen Museums und anschließend ein Treffen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Goppel. Ferner besuchte Fang Yi die Anlagen der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blomh (NCNA, 11.10.78).

Am 12. Oktober kam Fang Yi ins Kernforschungszentrum Karlsruhe und am Nachmittag des gleichen Tages zur Besichtigung der Daimler-Benz-AG in Wörth (Rheinland-Pfalz) sowie anschließend der Werke in Stuttgart-Untertürkheim. Daimler ist für die Chinesen vor allem als größtes Lastkraftwagenwerk Europas interessant. Es hatte bereits 1949 Beziehungen mit China aufgenommen und seit dieser Zeit eine größere Menge von LKWs verschiedener Bauarten nach China exportiert. Ministerpräsident Späth empfing die Delegation.

Am 13. Oktober flog Fang Yi nach Düsseldorf weiter, wo er mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau zusammentraf, und am 14. flog er nach Frankreich weiter.

Die politische Einschätzung des Besuches in der Bundesrepublik war im wesentlichen einhellig. Die CDU/CSU lobte die undogmatische Fortsetzung einer Politik, die von Politikern ihrer Partei bereits 1972 in China eingeleitet worden sei. Die SPD, vor allem Bundeskanzler Schmidt, neigten dazu, den sowjetischen Empfindlichkeiten Rechnung zu tragen und die Bedeutung des neugeschlossenen Abkommens herunterzuspielen. Immerhin war das Technologie-Abkommen ja nicht das erste seiner Art. Bereits im Frühjahr 1978 hatte Frankreich eine ähnliche Abmachung mit den Chinesen getroffen.

Die Reaktion des Ostblocks fiel, wie nicht anders zu erwarten, scharf und negativ aus. Am meisten tat sich die albanische ATA hervor. Fang Yi habe Gespräche mit "den Bonner Revanchistenhäuptlingen" geführt und außerdem "zahlreiche industrielle und militärische Zentren der westdeutschen Militäristen" besucht. "Der Besuch Fang Yis in der Bundesrepublik

ist - ebenso wie die zahlreichen Besuche politischer, militärischer und wirtschaftlicher Emissäre Bonns in Peking - eine Bestätigung der wachsenden Zusammenarbeit zwischen den Bonner Revanchisten und den chinesischen Revisionisten" (abgedruckt in BPA/ Ost-Info, 13.10.78).

(2) China als "wichtigste Nebensache" bei der Reise des Bundeskanzlers nach Japan und Singapur

Die Reise Bundeskanzler Helmut Schmidts nach Japan und Singapur stand zwar vor allem im Zeichen von Wirtschaftsproblemen, doch kamen dabei auch multilaterale Fragen, nicht zuletzt das Chinaproblem, zur Sprache. Im Mittelpunkt der Gespräche in Tokio standen die Probleme der Weltwirtschaft, die Unruhe in den internationalen Währungsbeziehungen, die Geld- und Kreditpolitik, Inflation und Wachstum, Protektionismus und andere wirtschaftliche Fragen.

Bei seiner Rede vor der "Deutsch-Japanischen Gesellschaft" bezeichnete der Kanzler die wirtschaftliche und politische Öffnung Chinas als einen Vorgang von weltpolitischer Bedeutung. Die Bundesrepublik sehe mit Genugtuung, daß die chinesische Nation mit dieser Politik schrittweise den ihr zustehenden Platz in der Weltpolitik einnehme. Den chinesisch-japanischen Friedensvertrag vom August nannte der Kanzler eine wichtige Voraussetzung für größere politische Stabilität in Ostasien. Die chinesisch-japanische Zusammenarbeit sei genauso selbstverständlich und richte sich gegen keine dritte Macht wie die chinesisch-deutsche Kooperation. Die Versöhnung von zwei alten Feinden passe durchaus ins Bild der deutschen Bemühungen um einen Frieden in Europa und in der Welt und bilde insofern gewissermaßen eine asiatische Ergänzung der deutschen Ostpolitik. Überhaupt sei Japan ein wichtiger Partner bei der Lösung von Fragen des Nord-Süd-Konflikts und der Entspannung in den verschiedenen Krisengebieten. Ohne die Japaner sei die Lösung globaler Frage heute nicht mehr möglich (DPA-Bericht aus Tokio in FR, 12.10.78).

(3) Abkommen über Fernsehzusammenarbeit zwischen dem ZDF und der Zentralen Fernsehstation der Volksrepublik China

Am 6.10. wurde zwischen den beiden Fernsehanstalten ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, das mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt und der bereits bestehenden Zusammenarbeit eine dauerhafte Grundlage geben soll (NCNA, 6.10.78). Nach dem französischen Fernsehen ist das ZDF die zweite westliche Anstalt, mit der das chinesische Fernsehen eine derartige Vereinbarung getroffen hat. Im einzelnen sieht das Abkommen den Austausch von Fachkräften und von Fernsehprogrammen vor und regelt die gegenseitige Unterstützung bei der Produktion von Fernsehsendungen.

Dem ARD gegenüber verhält sich Peking zurückhaltend. Seit diese Sendeanstalt im Jahre 1975 den von China so scharf abgelehnten Antonioni-Film über die Volksrepublik ausgestrahlt hat, bestehen Schranken des Mißtrauens, die erst langsam abgebaut werden können.

WESTEUROPA

(4) Neue Einstellung zum Euro-Kommunismus

Chinas KP hat eine flexiblere Haltung gegenüber den euro-kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien und Spanien eingenommen, indem es ihre "Unabhängigkeit" von Moskau betont, was aber noch keineswegs eine Normalisierung der Partei-Partei-Beziehungen bedeutet (AFP, 1.10.78). Diese Einstellung wurde in einem Interview, das der stellvertretende Außenminister Yü Chan einer Besuchergruppe französischer Regionalzeitungen gab, bestätigt und erläutert. In dieser Gruppe war ein Mitglied der französischen kommunistischen Partei, René Dumont, Direktor einer Zeitung von Limoges. Dies war das erste Mal seit 1964, daß ein Journalist und Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs an einem offiziellen Chinabesuch teilnahm. Der stellvertretende Außenminister betonte, daß China die Einstellung der euro-kommunistischen Parteien gegen Moskau außerordentlich begrüße, daß man ideologisch aber z.B. in der Frage der "Diktatur des Proletariats", die von den euro-kommunistischen Parteien nicht mehr anerkannt werde, anderer Meinung sei. Ideologische Meinungsverschiedenheiten bestätigte Yü auch auf die Frage eines Journalisten nach dem Verhältnis Chinas zu den jugoslawischen Kommunisten; dies hindere aber nicht die aktive Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und zwischen beiden Parteien.

(5) Außenminister Huang Hua in Rom, London und Paris

Zwei große Themen standen im Mittelpunkt der Besuche des chinesischen Außenministers in den drei westeuropäischen Hauptstädten: der Erwerb europäischer Technologie und die Diskussion einer militärischen Gefahr von seiten der Sowjetunion.

Während der Besuch Huangs in Frankreich von der fast gleichzeitigen Visite Fang Yis überstrahlt war, erntete sein Aufenthalt in Rom und London die Aufmerksamkeit der dortigen Öffentlichkeit. In London sprach der britische Premierminister Callaghan eine Einladung an Hua Kuo-feng zu einem Englandbesuch aus (NCNA, 13.10.78). Außenminister David Owen betonte, daß enge Beziehungen zwischen Großbritannien und China nicht nur ein taktisches Manöver, sondern eine unausweichliche Realität seien, die der übrigen Welt zum Vorteil gereiche. Großbritannien könne nicht zuletzt einen wertvollen Beitrag zu den ehrgeizigen Modernisierungsplänen Chinas liefern. Es sei der Überzeugung, daß ein wohlhabenderes und gesichertes China ein Faktor für größere Stabilität in der Welt sei (NCNA, 11.10.78). Nur wenige Tage später traf am 14.10.1978 eine Delegation der Militärakademie der chinesischen VBA ein.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS verächtigte London, es wolle Waffen an China verkaufen. Es gehe Peking vor allem um Offensivwaffen, wie z.B. Chieftain-Panzer und Militärflugzeuge (TASS, engl., 12.10.78).

In Rom traf Huang Hua mit dem italienischen Staatspräsidenten Pertini, Ministerpräsident Andreotti und Senatspräsident Fanfani zusammen (NCNA, 7.10.78). Bereits am 6.10. war zwischen beiden Staaten ein Abkommen über kulturelle und wissen-

schaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Am 9.10. kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der italienischen Nachrichtenagentur ANSA und Hsinhua (NCNA, 9.10.78). Während seines fünftägigen Italienaufenthalts besuchte Huang auch den Turiner Fiat-Konzern. Die Chinesen wollen mit diesem Unternehmen einen Vertrag über den Bau mehrerer Traktoren- und Dieselmotoren-Fabriken in China abschließen. Huang vermied es, Kontakte mit der KPI aufzunehmen. Ob er damit die eurokommunistische Ausrichtung der italienischen Kommunisten anprangern wollte, ist eine nicht beantwortete Frage. Huang lud u.a. den italienischen Staatspräsidenten zu einem Chinabesuch ein.

(6) Fang Yi in Frankreich

Nach dem Abschluß der Deutschlandvisite traf der chinesische Vizeministerpräsident und Kommissionsvorsitzende für Forschung und Technologie, Fang Yi, am 14.10. in Paris ein und wurde auf dem dortigen Flughafen vom französischen Ministerpräsidenten Barre empfangen (NCNA, 14.10.78). Beide Regierungen unterzeichneten hier zwei Dokumente über wissenschaftliche Zusammenarbeit und Austausch, und zwar ein Protokoll über zusätzliche Punkte des wissenschaftlichen und technologischen Austauschs sowie ein Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der chinesischen Akademie der Wissenschaften und des französischen Staatszentrums für Wissenschaft und Forschung (NCNA, 20.10.78). Das Protokoll bezieht sich auf Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft, geologische und seismographische, thermonukleare, medizinische, biologische und biochemische Fragenbereiche (Le Monde, 14.10.78).

U.a. besuchte Fang Yi eine Reihe von Forschungs- und Produktionsstätten in Frankreich. Am 16.10. sprach er beim französischen Raumforschungszentrum in Toulouse vor. Frankreich hat hier einige für die Chinesen interessante Errungenschaften anzubieten. Seit die Raumforschung in diesem Land begann, wurden siebzehn Satelliten in den Weltraum geschossen, elf davon mit eigenen französischen Raketen (NCNA, 17.10.78).

Am selben Tag besuchte Fang Yi die Airbus-Fabrik in Toulouse. Vom Airbus A 300, einem Gemeinschaftsprodukt der Deutschen, der Niederländer und der Franzosen, der 1974 in Dienst gestellt wurde, fliegen gegenwärtig 76 Stück im Besitz von 18 Fluggesellschaften in elf Ländern.

Einige Angehörige der Begleitung Fang Yis besuchten am 16.10. ferner noch das Toulouser Forschungszentrum des Nationalen Forschungsdienstes für Agronomie (NCNA, 17.10.78).

Nach französischen Angaben sollen die Chinesen Panzer-Flugabwehrraketensysteme im Werte von 1,3 Mrd. DM in Frankreich bestellt haben. Dabei handelte es sich um die in deutsch-französischer Gemeinschaftsarbeit entwickelten und gebauten Panzerabwehrraketen Milan und Hot, die auch von der Bundeswehr verwendet werden, sowie um die Flugabwehrrakete Crotale. Der erste Liefervertrag solle noch vor Jahresende unterzeichnet werden, wenn das für Verkäufe moderner Technologie an sozialistische Länder zuständige NATO-Koordinierungskomitee (COCOM) die Freigabe erteilt habe. China soll ferner am Kauf von fünfzig französischen Kampfflugzeugen des Typs Mirage F 1 interessiert sein (Le Monde,

21.10.78). Angeblich interessiert sich China ferner für den mit Flakgeschützen ausgerüsteten Panzer Rolland. Die amerikanische Firma Boeing, die die Lizenz für die Herstellung mehrerer Tausende von Rollands für die US-Armee erwarb, habe jedoch gegen die Lieferung dieses Panzertyps an China protestiert (IHT, 19.10.78). Bemerkenswert ist, daß die Vereinbarungen über den Kauf von Raketen, Kampfflugzeugen und Radaranlagen gleichzeitig mit den Engländern und den Franzosen geführt wurden.

Laut Le Monde (17.10.78) verhandelt Frankreich mit China auch über den Verkauf eines Atomkraftwerks. Hierbei seien allerdings noch zwei Fragen zu lösen, nämlich erstens die Finanzierungsmodalitäten und zweitens das mögliche Verbot durch COCOM. Zur Zeit des Besuches von Fang Yi kehrte Innenminister Michel Poniatowski von einer Chinareise zurück, die er im Auftrag von Staatspräsident Giscard d'Estaing durchgeführt hatte. Poniatowskis Auskunft zufolge soll die französische Industrie chinesische Aufträge im Werte von 50 Mrd. frs. (ungefähr 21,5 Mrd. DM) erhalten. Ein entsprechender Rahmenvertrag soll Ende November vom französischen Außenhandelsminister in Peking unterzeichnet werden. Vor allem die französische Energieindustrie könne mit Großaufträgen rechnen.

Wie Poniatowski mitteilte, hat Staatschef und Ministerpräsident Hua Kuo-feng eine Einladung nach Frankreich für das Jahr 1979 angenommen.

(7) Bericht über den neuen Papst

"Karol Wojtyla, der 58jährige Erzbischof von Krakau in Polen, wurde beim Konklave am Montag, dem 16. Oktober, zum neuen Papst gewählt. Wojtyla ist der erste polnische Bischof und seit 1522 der erste Nicht-Italiener, der Papst wurde. Er folgte dem früheren Papst Luciani, der am 29. September nur 33 Tage nach seinem Amtsantritt plötzlich gestorben war" (so wörtlich NCNA, 17.10.78).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(8) Sowjetischer Dramaturg positiv bewertet

Die Kuangming-Tageszeitung (22.9.78) hat über eine Diskussion der Theaterakademie über Stanislawskis "System" berichtet, wobei die Ablehnung des Systems im vorhergegangenen Jahrzehnt in ihr Gegenteil verkehrt wurde. (In einem Rote-Fahne-Artikel von 1969 war Stanislawski verurteilt worden.) Die Diskussion wurde von den Herausgebern der Zeitschrift "Theaterstudien" durchgeführt. Hiermit wird eine Diskussion in der chinesischen Presse fortgesetzt, die sowohl gegenüber der russischen als auch der sowjetischen kulturellen Tradition eine neue Haltung mit wesentlich größeren Nuancen einnimmt. In der letzten Zeit hatte es bereits eine differenziertere Haltung gegenüber Tolstoi und Gorki gegeben.

(9) Zwei neue Themen in der sino-sowjetischen Polemik im Oktober 1978

a) Anlässlich der Veröffentlichung zweier Bände

über die "Geschichte der zaristischen Aggression gegen China", die vor kurzem in Peking publiziert wurden, ist es zu einer heftigen Diskussion zwischen sowjetischen und chinesischen Medien gekommen. Band I der Geschichte bringt eine mit Dokumenten versehene Aufzählung der einzelnen russischen Übergriffe nach Heilungkiang und in die Territorien östlich des Baikalsees, die damit endeten, daß im Vertrag von Nipchu weite Teile des Heilungkiang- (=Amur) Tals sowie des Ussuri-Flußtals an das zaristische Rußland abgetreten werden mußten. In Band II werden dann die Geschehnisse um die Verträge von Aigun, Tientsin und Peking zwischen 1858 und 1860 beschrieben, aufgrund deren über 1 Mio. qkm chinesischen Territoriums an das zaristische Rußland gingen. In ihren früheren Monographien habe die Sowjetunion diese Tatsachen auch als historische Fakten zugegeben. Noch in der großen Sowjet-Enzyklopädie von 1926 habe es geheißen, daß der Vertrag von Aigun der erste Schritt des imperialistischen Rußlands gewesen sei, chinesisches Territorium an sich zu reißen. Inzwischen jedoch werde diese Tatsache vom Kreml schlicht geleugnet. Auch Lenins Ausführungen über die zaristischen Raubkriege seien in Moskau offensichtlich vergessen worden (NCNA, 6.10.78).

b) Einsatz der Aeroflot für militärische Zwecke.

Die 1923 gegründete Aeroflot, die seit 1964 vom Ministerium für Zivilluftfahrt verwaltet werde, verfüge z.Zt. über mehr als 2.500 Flugzeuge verschiedenster Typen und sei von den sowjetischen Behörden nicht nur zu Linienflügen nach Europa, Asien, Afrika und Amerika eingesetzt worden, sondern auch zu militärischen Einsätzen, so z.B. bei der Invasion der Tschechoslowakei im Jahre 1968. Besonders intensiv gestalten sich die Truppentransporte in die DDR. Auch bei den Übergriffen in Afrika im Jahre 1977 und 1978 seien rund 25.000 Sowjets und Kubaner sowie nahezu 60.000 t Waffen per Aeroflot an die Einsatzorte geflogen worden. Neuerdings führe der Moskauer Airlift direkt nach Vietnam, seit es dort zu Konflikten mit China im Norden und Kambodscha im Westen gekommen sei. Gar nicht auszumachen sei schließlich die Spionagetätigkeit, die mit Hilfe der Aeroflot-Flugzeuge durchgeführt werde (NCNA, 31.10.78).

(10) Polemik gegen Moskaus Afrikapolitik: vier Kriege, Söldnerentsendung, Waffenlieferungen

Die Sowjetunion versuche in ihrem Kampf mit der anderen Supermacht, die afrikanischen Länder zu spalten, ihnen riesige Mengen von Waffen zu verkaufen, sie mit Militärberatern zu durchsetzen und Kriege anzustiften. Ingesamt ist die Sowjetunion, nach Darstellung von Radio Peking (SWB, 18.10.78), an vier Kriegen in Afrika schuld, nämlich an dem Krieg von 1975 in Angola, der durch die sowjetisch-kubanische Einmischung entstanden sei; ferner an den Kriegen von 1977 und 1978 in Zaire, wo die Sowjetunion versucht habe, mit Hilfe ihrer Söldner zwei bewaffnete Angriffe gegen Zaires Shaaba-Provinz zu starten, und am Krieg in der Ogaden-Region am Horn von Afrika vom März 1978.

Die Sowjetunion konzentriere auch Streitkräfte für eine Invasion von Namibia (=Südwestafrika). Gleichzeitig verschiffe die Sowjetunion nach Angola Flugzeuge vom Typ MiG 21 und MiG 23 sowie Waffen und Ausrüstungen, die ausreichten, um zwei Divisio-

nen auszurüsten, ferner T 54 und T 62-Tanks. Möglicherweise sollten wieder kubanische Söldner als Hauptkraft bei der Offensive gegen Namibia eingesetzt werden.

Die Sowjetunion sei heute der größte Waffenlieferant in Afrika. Von Ende 1977 bis Juni 1978 habe sie für 3 Mrd.\$ über 120.000 t an Waffen und militärischer Ausrüstung in die Gegend des afrikanischen Horns, nach Angola sowie in eine Reihe anderer afrikanischer Länder verschifft - eine Menge also, die den sowjetischen Waffenexport des Jahres 1976 an die gesamte Dritte Welt bei weitem übertrifft. Außerdem bediene sich die Sowjetunion kubanischer Söldner, deren Zahl inzwischen auf 50.000 angestiegen sei.

(11) Vorlesungen über jugoslawischen Sozialismus in Peking

Der jugoslawische Professor, Dr. Jovan Djordjevic, hielt Anfang Oktober an der Peking-Universität Vorlesungen über das Arbeiter-Selbstverwaltungssystem in Jugoslawien, das bei seinen Hörern, wie es hieß, auf außerordentliches Interesse stieß. Die Zuhörer wollten vor allem den Unterschied zwischen Staats- und Sozialeigentum wissen, wollten die Rolle der Staatsorgane in der jugoslawischen Wirtschaft kennenlernen und mit der Selbstverwaltung in nicht-wirtschaftlichen Bereichen vertraut werden. Auch die Frage der Bürgerrechte stand zur Diskussion (zwei Tanjug-Berichte in SWB, 10. und 13.10.78).

NORDAMERIKA

(12) Beifall für die Wiederaufnahme der US-Waffenlieferungen an die Türkei

Nachdem sich die US-türkischen Beziehungen wieder gebessert haben, sei es zur Wiederaufnahme der US-Waffenlieferungen und zur Wiedereröffnung von vier US-Basen in der Türkei gekommen, berichtete Hsinhua (NCNA, 18.10.78) beifällig aus Ankara. Der Bericht fährt wörtlich fort: "Im Anschluß an den Waffenlieferungsstopp der USA an die Türkei nutzte die Sowjetunion die Situation aus und wollte die USA endgültig aus dieser strategisch wichtigen Gegend verdrängen. Die Sowjetunion bot der Türkei nicht nur erhöhte Kredite an, sondern schlug auch den Abschluß eines 'Nichtangriffsvertrags' vor. Als die türkische Regierung sich jedoch entschloß, die vier US-Basen wieder zu eröffnen, klagten die Russen die Türkei an, sie unterminierte die 'Entspannung'."

(13) Beifall für Präsident Carters Entschluß, die Neutronenbombe produzieren zu lassen

Dieser Beschluß sei ein weiterer Schritt in Carters Programm, die Neutronenwaffe nun auch in die Verteidigung Westeuropas zu stellen. Das State Department habe die Antwort darauf verweigert, warum die USA den neuen Beschluß gerade in dem Augenblick bekanntgegeben hätten, als Außenminister Vance sich anschickte, zur Fortsetzung der Salt-Gespräche nach Moskau zu fliegen. TASS habe den Beschluß als "gefährlich" bezeichnet (NCNA, 19.10.78).

LATEINAMERIKA

(14) Gute Beziehungen zu Chile

Der chilenische Außenminister Hernán Cubillos besuchte vom 17.-27. Oktober als erstes Mitglied der chilenischen Militärjunta die Volksrepublik China. Gesprächsthemen waren u.a. die Einladung an Partei- und Regierungschef Hua Kuo-feng zu einem Chilebesuch sowie die Möglichkeit eines Staatsbesuches des chilenischen Präsidenten Pinochet in China. Ferner verhandelte man über die Lieferung chilenischen Kupfers an China sowie die Frage der Verwendung eines chinesischen 57 Mio.\$-Kredits, den Peking noch zur Zeit der Volksfrontregierung Allendes an Chile vergeben hatte, und von dem bisher nur 5 Millionen in Anspruch genommen wurden.

China ist das einzige sozialistische Land außer Rumänien, das seine Beziehungen zu Chile nach dem Militärputsch gegen Allende im September 1973 nicht abgebrochen hat - und das neuerdings sogar versucht, diese Kontakte zu vertiefen. Cubillos wurde u.a. von Teng Hsiao-p'ing und von Huang Hua empfangen (NCNA, 19.10.78). Huang Hua betonte, daß trotz der Verschiedenheit des gesellschaftlichen Systems in beiden Ländern doch "gleiche oder ähnliche Ansichten zu den wichtigsten internationalen Problemen" bestünden, und daß man daher die "beiderseitigen Beziehungen weiter verstärken und entwickeln" sollte (NCNA, 19.10.78). Radio Santiago widmete dem Besuch des Außenministers in China großen Raum und bekräftigte u.a. die antihegemonistischen Aussagen Pekings (SWB, 20.10.78). Huang Hua hatte immer wieder die Notwendigkeit einer "internationalen anti-hegemonistischen vereinten Front mit den Ländern der Dritten Welt" betont. U.a. hat man in China auch nicht vergessen, daß Chile das erste Land Lateinamerikas war, das - im Jahre 1970 - diplomatische Beziehungen mit China aufnahm (NCNA, 17.10.78). Am 19. Oktober traf Roberto Kelli, der Direktor des chilenischen Nationalen Planungsbüros, mit Frau Chen Mu-hua, dem chinesischen Minister für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland, zusammen. Dabei beschloß man, Experten für die gegenseitige Unterstützung in technologischen Fragen auszutauschen. Chile zeigte Interesse vor allem an der seismologischen Forschung sowie Bewässerungstechniken und Reisbauerkenntnissen Chinas, während China umgekehrt den Rat Chiles bei der Ausbeutung von Kupfer sucht (SWB, 21.10.78).

China beteiligte sich auch an der 16. Internationalen Messe von Santiago, die am 27.10.1978 eröffnet wurde. Der chilenische Präsident Pinochet besuchte demonstrativ den chinesischen Ausstellungsstand und brachte dabei seinen Wunsch nach weiterer Entwicklung der Freundschaft zwischen beiden Völkern zum Ausdruck (NCNA, 27.10.78).

Die Verbindungen zu Chile veranlaßten Moskau und Havanna zu bissigen Kommentaren. Radio Moskau (21.10.78; BPA/Ostinfo, 23.10.78, S.30) meinte: "Vor dem Emissär des blutigen Regimes, das vom chilenischen Volk verachtet und abgelehnt wird, sind die Türen in den chinesischen Regierungsämtern weit geöffnet. Für ihn werden feierliche Empfänge veranstaltet und schwülstige Trinksprüche ausgebracht. Eine der Hauptgrundlagen der herzlichen Beziehungen zwischen der Junta und den Pekingern ist der Haß gegenüber den Völkern, die entschieden gegen Imperialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt kämpfen." Der kubanische Kommentar sprach von

einer Allianz zwischen den "Maoisten und den chilenischen Faschisten". Diese Politik passe hervorragend zu den chinesischen Angriffen auf Vietnam, zur chinesischen Komplizenschaft mit den nordamerikanischen Imperialisten und ihren NATO-Verbündeten und zur Unterstützung der afrikanischen Rassisten (Radio Havanna, SWB, 25.10.78).

(15) Besuch des mexikanischen Präsidenten in China

Am 24.10. traf der mexikanische Präsident Lopez Portillo zu einem Staatsbesuch in Peking ein, wo er am Flughafen u.a. von Hua Kuo-feng und Li Hsien-nien willkommen geheißen wurde (NCNA, 24.10.78).

Beide Seiten wiesen - in etwas übertriebener Weise - auf die "historisch weit zurückreichenden Kontakte zwischen dem chinesischen und dem mexikanischen Volk" hin (NCNA, 24.10.78), betonten die gemeinsame Verantwortung für den Kampf gegen die Supermächte und bekundeten Interesse an einer Erweiterung der landwirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen sowie kulturellen und sportlichen Zusammenarbeit.

Die chinesisch-mexikanischen Kontakte haben sich nicht zuletzt in den großen Fragen des Nord-Süd-Konflikts bewährt. China unterstützte vor allem die mexikanischen Pläne zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika sowie die Pläne einer neuen Wirtschaftsordnung, die den Stand der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten verbessern soll (NCNA, 24.10.78).

Nicht nur mit Mexiko, sondern auch mit Argentinien sucht China erweiterte wirtschaftliche Beziehungen. Am 5. Oktober wurde in Buenos Aires eine argentinisch-chinesische Handelskammer gegründet (NCNA, 7.10.78).

Gegenwärtig unterhält China nur zu acht Staaten Lateinamerikas diplomatische Beziehungen. Zu ihnen gehören neben Chile, Peru, Mexiko und Argentinien auch Winzlinge wie Guayana und Jamaica sowie Trinidad und Tobago. Von einer systematischen Politik kann also wohl kaum die Rede sein.

Spätestens seit den "Söldner"-Unternehmungen Kubas in Angola und Zaire weiß China aber, daß die Sowjetunion und Kuba ein Gegengewicht in Lateinamerika brauchen - und sei es vorerst noch so unbedeutend. Vielleicht ist daher die Vertiefung der Beziehung zu Chile und Mexiko als erster Schritt auf dem langen Marsch zu einer Intensivierung der Beziehungen auch mit den anderen Staaten Lateinamerikas gedacht.

AFRIKA UND NAHOST

(16) Botschaft an Idi Amin

In einer Botschaft an den ugandischen Staatspräsidenten Idi Amin anläßlich des 16. Gründungstages Ugandas haben Yeh Chien-ying und Hua Kuo-feng ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die "Republik Uganda unter Präsident Amins Führung neue Erfolge im Kampf gegen Imperialismus, bei der Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit und dem Aufbau des Landes erringen" möge. Sie brachten auch den Wunsch

zum Ausdruck, daß die Freundschaft zwischen den Völkern von China und Uganda ständig anwachsen möge (Radio Peking, SWB, 14.10.78).

Möglicherweise bedauern die Chinesen diese Glückwunschkarte inzwischen, seit bekannt geworden ist, daß Ugandas Truppen in tansanisches Territorium eingefallen sind. Auch in Afrika wird es immer schwieriger, es jedem recht zu machen!

ASIEN

(17) Teng Hsiao-p'ing in Japan: Der chinesisch-japanische Friedens- und Freundschaftsvertrag tritt in Kraft

Vom 23.-29. Oktober besuchte Chinas stellvertretender Ministerpräsident Nr. 1, Teng Hsiao-p'ing, den Nachbarstaat Japan, um u.a. an der offiziellen Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrages teilzunehmen, die am 23. Oktober stattfand. Die kurzen Ansprachen Tengs und des japanischen Premiers Fukuda zeigten überdeutlich die grundverschiedene Bewertung, die der Vertrag in der Einschätzung beider Partner erfährt. Fukuda sieht in dem Vertrag lediglich den Ausgangspunkt für eine Weiterentwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten, die durch eine "unglückliche Wendung... in diesem Jahrhundert... unterbrochen worden" seien. Eine solche "unglückliche Wendung", die immerhin rund 10 Millionen Chinesen das Leben gekostet hat, dürfe "nicht wieder vorkommen".

Teng wies zwar ebenfalls darauf hin, daß der Vertrag ein "wichtiger Markstein für einen neuen Anfang in den gutnachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern" sei und daß er eine "politische Zusammenfassung der bisherigen Beziehungen zwischen China und Japan" bedeute. Er fuhr jedoch sogleich wörtlich fort: "Im chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag wurde explizit festgelegt, daß China und Japan nie nach Hegemonie streben und zugleich dem Bestreben eines dritten Landes oder einer Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie zu errichten, entgegenzutreten. Das ist eine Pionierleistung in der internationalen Vertragspraxis. Diese Bestimmung verpflichtet zuallererst China und Japan auf Selbstbeschränkung und Verzicht auf Hegemoniebestrebungen. Zugleich ist sie ein schwerer Schlag gegen den Hegemonismus, die Hauptquelle für die Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens." (PRu, 1978, Nr.43, S.4) Diese latent antisowjetische Aussage nimmt fast die Hälfte der Bankettansprache Tengs ein! Auch sonst nahm der Vizepremier während seines achttägigen Japanaufenthaltes jede Gelegenheit wahr, um antihegemonistische Erklärungen abzugeben. Aus diesem Grund auch lehnte beispielsweise Kenji Miyamoto eine Teilnahme am großen Bankett ab.

Für Tengs Sicherheit waren 68.000 Polizisten im Einsatz. Man war sich einerseits bewußt, daß dies der erste Japanbesuch eines chinesischen Staatsführers seit Gründung der Volksrepublik China war. Gleichzeitig kannte man auch das hohe Sicherheitsrisiko. Nicht zuletzt sollten auch die Pro-Taiwan-Lautsprecher so weit wie möglich von der Besuchsstrecke Tengs ferngehalten werden.

Der Besuch hatte auch "volksdiplomatische" Auswirkungen. Wenn überhaupt noch eine Steigerung der Berichterstattung über China möglich war, so erfolgte sie in den Tagen des Teng-Besuchs. In China andererseits wurde der Teng-Besuch dadurch popularisiert, daß das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen Gedenkbriefmarken herausgab. Die Volkskommune Tung-pei-wang in der Nähe Pekings wurde anlässlich des Ereignisses in "Volkskommune der chinesisch-japanischen Freundschaft" umbenannt. Vertreter beider Länder pflanzten auf dem Hof der Kommune vier Kiefern als Symbol des Wunsches, daß die Freundschaft beider Völker wie eine Kiefer immerdar grünen möge.

Teng besuchte eine Reihe von japanischen Industrieunternehmen und betonte dabei mehrere Male, daß China Bewunderung für die japanischen Leistungen empfinde und bereit sei, von der Technik des Nachbarstaates zu lernen.

Eines der heikelsten Probleme im bilateralen Verhältnis, nämlich die Tiao-yü-t'ai (Senkaku)-Inseln, blieben von den Gesprächen ausgespart. Teng erklärte auf einer Pressekonferenz in Tokio am 25.10. (NCNA, 25.10.78), daß es für die Regierungen Chinas und Japans das klügste sei, die Frage einstweilen beiseite zu schieben. Bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag sei man sich darin einig gewesen, dieses Problem nicht anzurühren. Einige Leute mäkelten bei diesem Problem in dem Bestreben herum, die Entwicklung der sino-japanischen Beziehungen zu behindern. Die Chinesen nannten die Inseln Tiao-yü-t'ai, die Japaner hätten einen anderen Namen. Es sei richtig, daß beide Seiten unterschiedliche Ansichten in dieser Frage verträten. Bei derselben Pressekonferenz hob Teng auch die Gefahr eines neuen Weltkriegs als eine "beängstigende Realität" hervor.

Sorge bereitet den Japanern die Aufnahme chinesischer Studenten. 10-50.000 sollen es in den nächsten Jahren werden. China will hier an die Tradition anknüpfen, wie sie am Ende des 19. Jhts. geherrscht hatte. Aus vier Gründen wurden Studenten damals vornehmlich nach Japan gesandt: Der Studienaufenthalt dort war am billigsten, die Überwachung ließ sich in der patriarchalischen Gesellschaft Japans am besten bewerkstelligen, die Verwendung chinesischer Schriftzeichen in Japan erleichterte den Zugang, und schließlich ging man davon aus, daß die Japaner aus dem westlichen Angebot ohnehin alle wichtigen wissenschaftlichen Werke ausgewählt und übersetzt hätten.

Solche Überlegungen treffen zum Teil auch heute noch zu. Vor allem das sprachliche Moment spielt eine überragende Rolle. Im Chinesischen sind immerhin rund 800 moderne Ausdrücke direkt aus der japanischen Sprache übernommen worden, wo diese mit Hilfe chinesischer Schriftzeichen ihre Prägung gefunden hatten.

Aus wirtschaftlichen Gründen drängen die Chinesen vor allem auf die 121 Öffentlichen Universitäten, die auch qualitätsmäßig im allgemeinen über den sündhaft teuren Privathochschulen stehen. Zudem wünscht Peking eine Konzentration der Studenten an wenigen Orten, vor allem in Tokio und Kyoto, wo ohnehin schon Tausende von japanischen Jungakademikern Schlange stehen. Der Hauptgrund für diese Konzentration dürfte eine bessere Überwachung sein. Möglicherweise werden die Chinesen in Tokio sogar ihr eigenes Studentenheim bauen. Japan ist auf einen solchen Ansturm nicht vorbereitet. Von den 2,2 Millionen Hochschülern in Japan sind knapp 6000

Ausländer, unter ihnen die meisten Taiwanesen und Südkoreaner.

(18) Besuch des Dalai Lama in Japan

Zum 12. Weltkongreß der Buddhisten in Japan war u.a. auch der Dalai Lama, das ehemalige religiöse und politische Oberhaupt Tibets, von den buddhistischen Gastgebern eingeladen worden. Der Dalai Lama konnte bei der Eröffnungsfeier am 2. Oktober allerdings nicht anwesend sein, da ihm von der japanischen Regierung das Einreisevisum mit der Begründung verweigert worden war, der Visumsantrag habe falsche Angaben enthalten. Daraufhin kam es zu heftigen Diskussionen zwischen Außenminister Sonoda und dem Sprecher der japanischen Buddhisten, in deren Verlauf die japanische öffentliche Meinung zugunsten der buddhistischen Version Stellung nahm. Die Regierung, die ihre Ablehnung erklärt hatte, weil sie den kurz bevorstehenden Besuch Teng hsaio-p'ings nicht trüben wollte, rang sich im letzten Augenblick dann doch noch zur Visumserteilung durch, fügte jedoch zwei Bedingungen hinzu: Der Dalai Lama dürfe in Japan nur drei Tage bleiben und müsse sich in der Öffentlichkeit auch politischer Äußerungen enthalten.

Ob die Visumserteilung mit Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung erfolgte, oder ob die Chinesen nicht stillschweigend ein Unbedenklichkeitszeichen gegeben hatten, läßt sich nach Lage der Dinge nicht klären (dazu interessant Tengs Besuch in einem buddhistischen Tempel in Japan!).

(19) Die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und Kambodscha im Oktober

Der Oktober brachte eine weitere Differenzierung im Verhältnis zwischen China und Kambodscha: Einerseits verstärkten die Chinesen ihre militärische Flutopferhilfe (zu letzterem NCNA, 10.10.78), andererseits kam es zu einer gewissen Distanzierung Pekings gegenüber der Innenpolitik Kambodschas.

Über chinesische Militärhilfe ist in chinesischen Berichten nichts zu erfahren. Umso stärker wird dieser Punkt in vietnamesischen Verlautbarungen berührt. VNA berichtete am 18. Oktober, daß die Kambodschaner entlang der vietnamesischen Grenze über zehn Divisionen aufgestellt hätten, die von zahlreichen Panzern und Artillerie-Einheiten flankiert würden. Sämtliche Einheiten stünden unter dem "Kommando chinesischer Berater" (SWB, 19.10.78). China habe auf kambodschanischem Boden auch eine Luftübung durchgeführt, wobei Bombenabwürfe und Fallschirmabsprünge im Mittelpunkt gestanden hätten. All diese Übungen sollten als Demonstration der militärischen Anwesenheit Chinas in Kambodscha dienen. Peking habe es offensichtlich darauf abgesehen, über Kambodscha Herrschaft auszuüben. Heute könne ja nicht mehr die Frage gestellt werden, ob Pol Pot und sein Regime kollabieren würden, vielmehr müsse man nur noch auf den Zeitpunkt und auf die Modalität dieses ohnehin unausweichlichen Ereignisses warten (Radio Hanoi, SWB, 23.10.78). Peking habe Kambodscha zu einer "Basis für seine expansionistischen Pläne" ausgebaut... Kambodscha sei zu einer Militärbasis Pekings geworden. In Kambodscha stünden heute 8.000 chinesische Militärberater und rd. 10.000 chinesische Soldaten (Radio Hanoi vom

14.10.; SWB, 18.10.78). Im September und Anfang Oktober 1978 hätten kambodschanische Streitkräfte unter direktem chinesischem Kommando bereits mehrere Male auf vietnamesisches Territorium übergelassen (Radio Hanoi, SWB, 18.10.78). Um die Waffenlieferungen für Kambodscha noch effizienter zu gestalten, soll Teng Hsiao-p'ing bei seinem Besuch in Bangkok Ende Oktober um eine formelle Erlaubnis zum Überfliegen thailändischen Gebietes mit Transportmaschinen eingekommen sein. "Westliche Geheimdienstkreise in Bangkok" wollen dies erfahren haben. Die thailändische Regierung habe diese Genehmigung bereits zugesagt (zit. in Die Welt, 31.10.78): Dieser Bericht könnte nach der gegebenen Interessenlage stimmen.

China begründet seine Hilfsmaßnahmen, die allerdings, wie bereits erwähnt, nicht näher detailliert werden, mit einem bevorstehenden vietnamesischen Großangriff während der Trockenzeit Ende 1978. Am 18. Oktober zeigte die Pekinger Volkszeitung auf Seite 6 Fotografien, die als Beweis für die vietnamesische "Aggression gegen Kambodscha" angeführt werden. Die Fotografien wurden von einem Korrespondenten der Hongkonger Ta Kung Pao während seines Kambodscha-Besuchs im September 1978 aufgenommen. Die Fotografien zeigen Soldaten und Einwohner Kambodschas beim Minenlegen und bei der Abwehr vietnamesischer Angreifer an der Front der Provinzen Takeo und Svay Rieng. Die Fotos zeigen auch sowjetische Waffen mit kyrillischen Buchstaben, die von kambodschanischen Kämpfern erbeutet worden seien. Dies beweise, daß Vietnam mit Hilfe der Sowjetunion Kambodscha angreife. Ein Foto zeigte auch einen vietnamesischen Kampfswagen, der zerstört in einem Reisfeld lag. Die wirkungsvolle kambodschanische Abwehrarbeit soll dadurch bewiesen werden.

Nicht nur die Volksrepublik China, sondern auch der kambodschanische Außenminister Ieng Sary stellte den drohend bevorstehenden vietnamesischen Angriff auf Kambodscha immer wieder heraus. Ieng Sary folgte Mitte Oktober den Spuren des vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong, der kurz vorher eine Reise durch die ASEAN-Länder unternommen hatte. Der Krieg zwischen Kambodscha und Vietnam sei, wie Ieng Sary erklärte, kein gewöhnliches Grenzproblem. Vielmehr wolle Vietnam von Kambodscha Besitz ergreifen. Die Diplomatie des Lächelns, die Vietnam zuletzt beim Besuch Pham Van Dongs in Südostasien gezeigt habe, solle nur die finsternen Angriffsabsichten gegen Kambodscha verschleiern (NCNA, 19.10.78).

Wenige Tage nach Ieng Sarys Besuch im ASEAN-Bereich trat Teng Hsiao-p'ing seine Reise durch mehrere ASEAN-Länder an, wo er die Thesen Ieng Sarys wiederholte. Bei diesen Visiten wiederholte Teng mehrere Male die schon früher vorgebrachte These Pekings, daß Hanoi den Nachbarstaat Kambodscha nicht nur von außen militärisch angreifen, sondern auch - mittels subversiver Akte und Aufstellung kambodschanischer Widerstandseinheiten - das Regime von innen her aushöhlen wolle. Angesichts dieses doppelten Angriffes gelte es, besonders auf der Hut zu sein.

Der Kreis der diplomatischen Aktivitäten schloß sich, als Ieng Sary im Anschluß an seine Besuche der Philippinen und Indonesiens gleich nach Peking weiterreiste (NCNA, 28.10.78). Die Zahnräder griffen hier also unmittelbar ineinander. Teng Hsiao-p'ing betonte während seines Aufenthaltes in Bangkok, daß

China die Kambodschaner zwar unterstütze, jedoch keine eigenen Soldaten dorthin entsende.

(20) Vietnam

Der sino-sowjetische Konflikt beginnt sich auch auf die Wirtschaft Vietnams verhängnisvoll auszuwirken. Bereits 1977 hatte das Land zunächst unter einer schweren Trockenheit und dann wieder unter Überschwemmungen zu leiden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln konnte nur durch den Import von 1,6 Mio.t Reis sichergestellt werden. Die hierbei aufzuwendenden Devisen gingen auf Kosten des Imports anderer Rohstoffe und Industriegüter. Auch im Oktober 1978 verheerten Überschwemmungen das Land. Das Chinesische Rote Kreuz sandte am 18. Oktober an das Vietnamesische Rote Kreuz ein Beileidsschreiben (SWB, 21.10.78).

Der Schaden aber wurde nicht nur durch Naturkatastrophen, sondern auch durch die Einstellung der Hilfeleistungen Chinas am 3. Juli 1978 verursacht. Inzwischen sollen sich zwar die COMECON-Länder, in deren Reihen Vietnam 1978 aufgenommen worden war, entschlossen haben, die von China stillgelegten achtzig Projekte weiterzuführen, doch hat der Konflikt mit China auch dazu geführt, daß ein Großteil der Arbeitskräfte in den Kohlebergwerken (rund 60% der Arbeiter sind dort chinesischer Abstammung) und der in der Verteilung von Waren so geschickten Kaufmannschaft das Land verlassen haben. Auch zahlreiche Fischer haben den Weg des Exodus beschritten. Die Fischproduktion, die neben der Kohle das Hauptausfuhrprodukt Vietnams lieferte, ist durch diesen Abzug der Hoa schwer geschädigt worden. Hinzu kommt, daß rd. 200.000 Soldaten, die bereits in die Landwirtschaft und Industrieproduktion zurückgekehrt waren, erneut mobilisiert werden mußten.

Auch der Oktober stand im Zeichen gegenseitiger Aggressionsbeschuldigungen. Vor allem die vietnamesische Presse wußte fast jeden Tag von einem neuen "Übergriff" der chinesischen Behörden oder Militäreinheiten zu berichten. In einem Rückblick zählte Radio Hanoi (SWB, 13.10.78) am 12. Oktober zahlreiche chinesische "Übergriffe" bereits in den vorausgegangenen Monaten auf. Im Juli sollen es 58 chinesische Soldaten, Polizisten und Milizionäre, im August 323 und im September 723 gewesen sein, die bei rund einhundert Zwischenfällen an über dreißig Punkten entlang der gemeinsamen Grenze das vietnamesische Territorium verletzt hätten.

Am 9. Oktober seien rd. 1000 chinesische Soldaten über die Grenze gekommen, und am 13. Oktober seien ein Dorfkader und zwei Grenzwachter von Chinesen aus dem Hinterhalt angeschossen worden (SWB, 17.10.78). Auch zwischen dem 13. und 17. Oktober sei es zu "19 Akten der Provokation und der Verletzung vietnamesischen Territoriums gekommen" (VNA, SWB, 19.10.78). Am 18. Oktober hätten fünfzig chinesische Grenzwachter das Gebäude eines Grenzpostens in Tan Than-Dorf verwüstet, und am 20. seien chinesische Soldaten in Bereiche der Cao Lang-Provinz eingedrungen, hätten Fotos geschossen, gefilmt und Daten für Landkarten gesammelt (Radio Hanoi, SWB, 21.10.78). Zwischenfälle habe es auch am 26. und 27. sowie am 31. Oktober gegeben. Besonders schwerwiegend sei der Angriff am 1. November 1978 um 6 Uhr morgens gewesen: In großer Zahl überschritten, wie ein Sprecher des Außenministeriums am 2. November in Hanoi erklärte, "chinesische Sol-

daten die Grenze, besetzten die Hügel Chong Mu zwischen dem Grenzpfiler Nr. 62 und 63 und hoben Schützengräben aus. Um 11 Uhr umzingelten sie die örtlichen vietnamesischen Volksmilizen und provozierten Schießereien, wobei sie mehrere Vietnamesen verletzten. Die Volksmilizen waren gezwungen, sich gegen diese Provokation zu verteidigen. Am Abend desselben Tages zogen die chinesischen Machthaber Tausende von Soldaten in diesem Gebiet zusammen und führten damit eine verschärfte Situation herbei" (zit. nach einem Bulletin der Vietnamesischen Botschaft in Bonn).

Nicht nur die vietnamesische, sondern auch die chinesische Seite erhob Protest wegen Grenzverletzungen. Schon seit August habe Vietnam immer wieder bewaffnetes Personal auf chinesisches Territorium entsandt, wo es Minen gelegt, Bambusgruben angelegt und Schützengräben ausgehoben habe. Um dieses Vorgehen zu verdecken, habe man die Chinesen genau jener Taten beschuldigt, die man selbst begangen habe (NCNA, 26.10.78). Am 26. Oktober auch protestierte das chinesische Außenministerium gegen vorsätzliche antichinesische Akte Vietnams: Seit Mitte September habe die vietnamesische Seite, ungeachtet chinesischer Proteste, weiterhin bewaffnete Personen und Milizionäre auf chinesisches Gebiet entsandt, die chinesisches Personal bedroht, Drahtverhaue und Barrikaden angelegt, Schützengräben ausgehoben und Minen gelegt hätten. Sodann werden Daten genannt, nämlich der 20., der 24., der 29. und der 30. September sowie der 1., der 2., der 12. und der 13. Oktober (NCNA, 26.10.78).

Radio Hanoi wies diese Anschuldigungen als Taktik des "Haltet den Dieb" zurück.

Mitte Oktober begann die vietnamesische Presse über chinesische Truppenkonzentrationen an der vietnamesisch-chinesischen Grenze zu berichten. Während China die Behauptung, Vietnam wolle Kambodscha angreifen, zum Vorwand nehme, baue es selbst, nur zehn Kilometer von der gemeinsamen Grenze entfernt, einen Gürtel von Truppen auf (VNA in SWB, 19.10.78).

Interessant ist eine Stellungnahme von Hsinhua (NCNA, 21.10.78) zu der bisher allgemein für glaubhaft gehaltenen Behauptung, daß China seit 1965 den Transport sowjetischer Hilfsgüter für Vietnam über chinesisches Gebiet verweigert habe. Eine solche Behauptung sei erstmals vom ehemaligen sowjetischen Verteidigungsminister Malinowski im Jahre 1966 aufgestellt worden. Malinowski aber sei ein Lügner. China habe vielmehr sämtliche Hilfsgüter für Vietnam, ohne Ansehen ihrer Herkunft, mit besonderer Schnelligkeit und Vorrangigkeit nach Vietnam weitertransportiert und habe dafür auch keine Gebühren erhoben.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(21) Die Volksrepublik wird Mitglied des Internationalen Leichtathletikverbandes (IAAF)

Beim IAAF-Kongreß in San Juan (Puerto Rico)

Anfang Oktober wurde Taiwan mit 204 gegen 153 Stimmen ausgeschlossen und die Volksrepublik als neues Mitglied aufgenommen. Gegen diese Entscheidung dieses bedeutendsten olympischen Sportverbandes stimmten u.a. die USA und die Bundesrepublik. Der Abstimmung war ein jahrelanges Tauziehen zwischen Taiwan und der Volksrepublik vorausgegangen. Als Begründung für die endgültige Entscheidung gab das Exekutivkomitee an, Peking habe die Garantie abgegeben, daß Athleten aus Taiwan unter der Flagge der Volksrepublik an sportlichen Wettbewerben teilnehmen könnten. Die Vertreter der USA und des DLV hatten sich bei der Diskussion für den Verbleib Taiwans unter der Bezeichnung "Taiwan" (bisher: "Republik China") in der IAAF ausgesprochen.

Die Aufnahme in die IAAF als dem wichtigsten olympischen Sportverband bedeutet für China den bisher größten sportpolitischen Erfolg. Sie könnte als ein Signal an das Internationale Olympische Komitee (IOC) und andere internationale Verbände aufgefaßt werden, im gleichen Sinne zu verfahren. Die IAAF folgte den Sportverbänden für Basketball, Ringen, Rudern, Volleyball, Kanufahren, Eishockey, Eiskunstlauf, Fechten und Gewichtheben, wo überall die taiwanesischen Verbände ausgeschlossen und dafür die Volksrepublik aufgenommen wurde.

Noch bei der Vollversammlung des Internationalen Fußballverbandes (FIFA) in Buenos Aires 1978 war keine Mehrheit für die Aufnahme Chinas bei gleichzeitigem Ausschluß Taiwans zustande gekommen.

China hatte sich aus der olympischen Bewegung im Jahre 1958 aus Protest gegen die Zulassung Taiwans zurückgezogen. Seit 1975 ist es dann Schritt für Schritt wieder zurückgekehrt und steuert nun direkt auf eine Mitgliedschaft im IOC zu. Ähnlich wie bei der Aufnahme der UNO und bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Washington will es unter keinen Umständen neben Taiwan Platz nehmen, sondern verfiert stattdessen einen Alleinvertretungsanspruch. (NCNA, 8.10.78, und SWB, 10.10.78)

(22) Chinas Wünsche und die Bedenken des COCOM

Ende Oktober fand in Paris eine Tagung des COCOM, des Koordinierungskomitees der NATO in einem Nebengebäude der amerikanischen Botschaft in Paris statt, wo unter anderem in Frage diskutiert wurde, ob die Wünsche Chinas nach modernster Technologie im industriellen und militärischen Bereich erfüllt werden können.

Die COCOM-Liste umfaßt rund 200 Posten von Erzeugnissen, die nicht an kommunistisch regierte Länder geliefert werden dürfen. Darunter befinden sich vor allem Computer, Flugzeuge und Kriegsschiffe. In der Hoffnung auf Großaufträge Chinas dringen jedoch fast alle COCOM-Mitglieder auf eine Lockerung verschiedener Bestimmungen. Die Japaner wollen Beschränkungen bei 53 Posten gestrichen haben, darunter bei Transistoren, Computern und elektronischen Regelsystemen. Die Vereinigten Staaten wünschen die Lockerung von Restriktionen bei sogar 65 Posten. 16 Posten sollten jedoch gleichzeitig verschärft werden. Die Bundesrepublik hat 19 Änderungswünsche, Frankreich 12 und die Briten 54.

Ob diesen Wünschen stattgegeben werden kann, hängt vom "strategischen" Wert der betreffenden Warengruppen für das Abnehmerland ab. Besonders schwierig ist die Frage zu entscheiden, wo die Grenze

zwischen den Waffengattungen "defensiv" und "offensiv" zu ziehen ist. Dem Verkauf von Defensivwaffen dürfte das COCOM auf längere Sicht kaum Hindernisse in den Weg legen können. Werden die Milan- und Hotraketen, die von Frankreich und der Bundesrepublik zusammen entwickelt wurden und an denen China Interesse hat, als Defensivwaffen gewertet?

Die chinesischen Einkäufe konzentrieren sich bisher weitgehend auf Defensivwaffen. Schwieriger wird bereits der Wunsch Chinas zu beurteilen sein, den britischen Senkrechtstarter Harrier zu kaufen (Reuterbericht in FR, 30.10.78).

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(23) Offizielle Rehabilitierung für Antonioni?

Die der Gruppe um Teng Hsiao-p'ing nahestehende Hongkonger Zeitschrift Cheng-ming (Nr.11, September 1978, S.17-18) hat erstmals das Thema Antonioni und seinen China-Film aufgegriffen und eine "Umkehrung der Urteile" vorgenommen. Dieser Artikel dürfte der Vorbote für eine direktere Rehabilitierung dieses seinerzeit von der Linken Fraktion verunglimpften Films sein. In dem Artikel der Zeitschrift wird auf die Angriffe der Volkszeitung vom 30.1.74 und eines nachhakenden Artikels vom 13.2.74 verwiesen, nachdem Antonioni 1972 eingeladen worden war und sein Film im Westen außerordentliche Beachtung gefunden hatte. In dem Artikel wird dem Antonioni-Film nun Objektivität und eine grundsätzliche freundschaftliche Einstellung gegenüber dem chinesischen Volk bescheinigt. Zitiert werden Sätze aus dem Film wie: "Ich beabsichtige nicht, China zu kritisieren, ich möchte nur einen Anfang machen in der Betrachtung des wirklichen Antlitzes von China und der Sitten der Bevölkerung... Dies ist nicht ein Film über China, sondern ein Film über die Chinesen... Ich habe den Film mit einer freundschaftlichen Grundeinstellung gedreht." Jedem Regisseur werden sein eigener Stil und seine eigenen Methoden eingeräumt. Der Wandel in der Einstellung gegenüber diesem Ereignis hatte sich schon seit längerem angekündigt; interessant bleibt jedoch, mit was für einem Grade von offizieller Unterstützung diese Umwertung durchgeführt wird.

(24) Weniger Behinderung für ausländische Fotografen

Nach einem Bericht der AFP vom 4.10.78 (nach FBIS, 5.10.78) haben die chinesischen Behörden der Pekinger Miliz untersagt, Filme von Ausländern zu beschlagnahmen, wie es in der Vergangenheit üblich war. Es sei in Zukunft nicht mehr erlaubt, daß "das Volk" Ausländer am Fotografieren hindern dürfe; diese Aufgabe stehe nun nur noch dem permanenten Sicherheitspersonal der Polizei oder der Armee zu. Allerdings haben die Bürger weiterhin Informationspflicht.

(25) Die Presse über positive Aspekte der Heirat von Chinesen und Ausländern

Pekings Kuangming-Tageszeitung (12.9.78) veröf-

fentlichte einen langen Artikel mit ausführlichen historischen Reminiszenzen über die positiven Seiten der Heirat von Chinesen und Ausländern. "Generell gesprochen war die 'Heirat zwischen den Rassen' objektiv in größerem und geringerem Ausmaß dazu angetan, Konflikte zwischen den Nationalitäten zu verringern und nationale Einheit sowie Solidarität der Nationalitäten zu erzielen. Sie spielte ebenfalls eine positive Rolle in der Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen den Nationalitäten." Angesprochen sind also nicht etwa die Heirat von Chinesen mit Eurasiern, sondern ein engerer Kontakt mit Chinas Minderheiten, der sich auch in diesem Bereich niederschlägt. In den zurückliegenden Jahren waren derartige Verbindungen strikt verpönt gewesen. Ein berühmter Fall war aber vor einem Jahr die von Teng Hsiao-p'ing persönlich freigegebene Heirat einer Französin mit einem chinesischen Arbeiter, der an der Peking-Universität studiert hatte, gewesen. Vielleicht denkt Peking auch an unausweichliche Folgerungen, die sich aus dem anvisierten Studium von etwa 10.000 Studenten im Ausland ergeben werden. Die historischen Beispiele des Artikels beziehen sich auf die Heirat chinesischer Prinzessinnen mit Fürsten der Hsiungnu in der Han-Zeit und Heirat zwischen den Rassen während der Tang-Zeit, als die kaiserliche Familie eine Reihe von ehelichen Bindungen zu den Uighuren und zu Tibetern eingegangen war.

INNENPOLITIK

(26) Nationalfeiertag

Empfänge für Ausländer gab es in diesem Jahr auch auf Provinzebene. In Liaoning z.B. (Radio Liaoning, 30.9.78 nach FBIS) wurden über 230 ausländische Spezialisten aus Frankreich, Japan, Westdeutschland und Italien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten zu einem Empfang geladen. Die Pekinger Feiern erhielten einen besonderen Akzent dadurch, daß die Reihe der marxistischen Klassiker Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao durch ein Bild von Sun Yat-sen, das ebenfalls auf dem T'ien-an-men-Platz gezeigt wurde, erweitert war (NCNA meldet dies eigens am 29.9.78; nach FBIS, 2.10.78). Die offizielle Position gegenüber dem Begründer der Revolution von 1911 hat sich damit entscheidend gewandelt; Peking hat mehr Flexibilität auch in der Einbeziehung von Auslandschinesen und KMT-Kräften.

(27) Nationaler Jugendligakongreß

Vom 16. bis 26. Oktober 1978 fand in Peking der Zehnte Nationale Jugendligakongreß statt. Zu der Eröffnungszereemonie war die gesamte chinesische Führungsspitze einschließlich Hua Kuo-fengs erschienen. Die Eröffnungsrede wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des ZK Li Hsien-nien gehalten. Nach vierzehnjähriger Unterbrechung war dies der erste Kongreß der 48 Mio. Mitglieder zählenden Jugendliga. Aufgabe des Kongresses war es, die Verfassung der Chinesischen Jugendliga zu revidieren und die Führungsgremien zu wählen. Als wesentliche